

Deutscher Werkerebund

Zentralorgan für die Interessen

der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger

Erscheint wöchentlich
Bezugspreis: Vierteljährlich
3 Reichsmark / Die Einzelnummer —,30 Reichsmark

Redaktion u. Exped. Berlin SW 15
Michaelstr. 1. Tel.: Morihp.
950, 11804. / Redaktionschluss
8 Tage vor Erscheinen des Blattes

Nummer 3

Berlin, den 16. Januar 1926

4. Jahrgang

Kollegen, vergeßt eure ertverbslosen Leidensgenossen

Nachlese 1925.

Werden Lohnverhältnisse durchgesetzt oder andere Forderungen von den Arbeitern gestellt, die das Wort nicht tragen kann, so muß es Mitleid sein, damit ihre Arbeiter ihre wirtschaftliche Verantwortung zum Bewußtsein kommt.

Berliner Börsenzeitung.

Wenn uns die Mamonisten so ein Jahr lang nach allen Regeln ihrer höllischen Kunst geschöpft haben, machen sie eine Bilanz. In einem sogenannten Jahresbericht bemessen sie uns, daß die Schöpfköpfe und Blutegel ihre Pflicht nicht voll getan haben, und sie legen uns dann, wie sie es im nächsten Jahr „besser“ machen wollen.

Solche Jahresberichte sind heuer nichts für temperamentvolle oder gar choleric Arbeiter. Man muß schon sehr abgebrüht sein, um nicht ob der Lügen und Verleumdungen aus der Haut zu fahren und sie den schändlichen Bluffagern und ihren moralischen Lotteribuben um die Ohren zu schlagen. Aber die equilibristische Kraftanstrengung lohnt nicht. Wer vom Teufel Mamonismus besessen ist, dem ist weder durch Gebet noch durch Prügel zu helfen. Er muß in seiner Eier langsam zu Tode schmoren — Worgenuß seiner Höllenfreunde.

Nicht alle Berichte sind wie die gefennzeichneten, aber alle Berichte suchen Abhilfe der traurigen Zustände durch den Opfermut der — anderen. Wenn man einen Handelskammerbericht liest, so besteht der Aktienposten aus dem verflohenen Jahr in Aktionen gegen die Sozialpolitik, gegen die Lohn- und Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften. Im übrigen glauben sie den Stein des Weisen entdeckt zu haben, wenn sie seit 1919 immer wieder den Zusammenbruch der sozialistischen Wirtschaftspolitik hinausposaunen und uns den Himmel auf Erden versprechen, sobald wir erst einmal wieder die regelrechte kapitalistische Profitwirtschaft haben. Das heißt mit anderen Worten: Was ihr Proletariat 1925 erlebt hat, war nur ein Tropfen Regenwasser, wehe euch, wenn wir erst den ungesesselten Willen unserer kapitalistischen Höllenhunde auf euch lassen können. Heute hat das trotz aller Lutheraner noch immer einige Gefahren, da die Krise zwar tauende Arbeiter ermüdet, aber die wirtschaftlichen und politischen Organisationen nicht wie 1923 erschlittern kann.

Der Heißhunger der Arbeiterfeinde nach mühelosem Profit geht so weit, daß z. B. „der Neujahrswunschzettel der deutschen Textilwirtschaft“ (!) an Reichsfinanzler und Reichsregierung die Beseitigung von sozialpolitischen Maßnahmen verlangt, die nur in der Phantasie des „Konfessionärs“ bestehen. Das ist die Sonderheit dieser Unternehmerrhetorik, die im übrigen nach Gummi-Steinmehlchemie allerlei steuerliche Vergünstigung, in Wahrheit die Steuerfreiheit, der Unternehmer fordert. Wir halten es für ausreichend, daran zu erinnern, daß die Unternehmer bis zum Zusammenbruch im Herbst 1923 überhaupt keine nennenswerten Steuern zahlten (vergl. Dames-Gutachten) und dann in entwerteter Papiermark. Seitdem die Steuerhuld wertbefähigt bleibt, ist sie vielen Unternehmern gestundet und teilweise erlassen worden. Um so notwendiger ist der Schrei. Doch der sozialpolitische „Neujahrswunsch“ der „Textilwirtschaft“: „Herr Reichsarbeitsminister, Herr Reichsinnenminister (das ist der Mann mit der Polizeigewalt! Red. W.), Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützung sind mäßig abzubauen.“ Die Kurzarbeiter werden sich wundern, wir empfehlen ihnen, beim „Konfessionär“ anzufragen, wo sie sich ihre (abzubauende!) „Unterstützung“ abholen können. Begründet wird die Abbauforderung mit der starken „Belastung“, außerdem könnten die Erwerbslosen sowieso nicht wieder untergebracht werden. Na, und wenn überhaupt keine Arbeit für sie vorhanden ist, können sie auch nicht als erwerbslos gelten, und da sie nicht erwerbslos sind, haben sie kein Recht auf die Erwerbslosenfürsorge; sie mögen „sieben“!

Geteiltes Leid ist halbes Leid, sagen die Wunschzettel-schreiber, und deshalb wünschen sie, daß es noch viel mehr Arbeitslose gibt: „Befürworten Sie“, heißt es, „eine Freigabe der Arbeitsbedingungen, mindestens für eine mehrjährige Uebergangszeit. Und geben Sie im Arbeitszeitgesetz ausreichende Freiheit für wirtschaftsnotwendige Ueberstellungen.“ Und mit diesem barbarischen Verfallungsprogramm will der „Neujahrswunsch“ „unserer künftigen Generation einen gesunden Geist“ geben. Damit kein Zweifel bleibt, was die Textil-„Wirtschaft“ unter diesem Geist versteht, verkünden die Deutschen das Einverständnis des Groß- und Kleinhandels mit der von uns schon besprochenen „Denkschrift“ der Industriebarone.

nicht

in leichtfertigem Eigennutz!

Wo immer sich Gelegenheit und Möglichkeit bietet, für sie einzutreten, da macht Hand und Mund für sie auf.

Jede offene Stelle muß sofort gemeldet werden. Sorgt dafür, daß nur ertverbslose Bundeskollegen in Arbeit genommen werden.

Der Nichtorganisierte findet ja Platz an den Freitischen, die die Unternehmer für die Gewerkschaftsfeinde einrichten wollen.

Ertervsblose Kollegen, haltet der Organisation die Treue.

Der Neujahrswunsch der Leute, die von der Textilwirtschaft leben, sagt nichts anderes, als daß sie den Keil, der 1925 die deutsche Wirtschaft noch nicht ganz sprengte, 1926 tiefer hineintreiben wollen.

Es gibt auch Leute, die wirtschaftliche Jahresberichte aus eigenem Handgelenk machen. Dazu gehört der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Hugo, wenn wir nicht irren, irgendwo und irgendwo mit einer Handelskammer verschwärzt. Auch er spricht von „sozialen und sozialistischen Grundfragen“, die wir uns angelehnt aufzulegen, „ohne uns darüber Rechenschaft zu geben, ob es möglich ist, daß die Produktion diese Lasten tragen kann“. Was solche Leute nicht alles erfinden. Im Jahre 1925 wurde „Katastrophopolitik“ getrieben — aber keine soziale oder sozialistische, sondern volksparteilich-deutschnationale, Herr Dr. Hugo. Er sieht schon den Staat zusammensinken, „durch die Unfähigkeit, die Beamtengehälter zu zahlen und damit (!) die öffentlichen Funktionen aufrechtzuerhalten“. Herr Hugo hat das natürlich „schon immer gesagt“ und sei deshalb als „reaktionär“ vertrieben. Und er meint es doch so gut — wenigstens mit seinen Klassengenossen.

Vielleicht ist es nicht ohne Verdienst, einmal darauf zu verweisen, daß in der Tat eine reaktionäre Absicht dahinter steckt, unsere traurige Wirtschaftslage noch trauriger als traurig zu schildern. Es geht diesen berufsmäßigen Schwarzsehern darum, recht viele Leser zu verwirren und mühsal zu machen. Sie sollen das nachdrückende Gesagte im Streit der Wirtschaftsführer um die Steuerbereinigung, um Beseitigung der Sozialpolitik, gegen auskömmliche Löhne und eine menschliche Arbeitszeit bilden. Auch Herr Hugo muß einmal die Wüste des getreuen Ersehens lüften, und dann haben wir den rechtslosen Verfechter kapitalistischer Interessenpolitik in Reinkultur vor uns:

„Nicht der üble Wille, nicht der Eigennutz der Menschen hat diese hohen Preise geschaffen, hat die Wirtschaft gelähmt und sie mit der Unterbilanz von 5 Milliarden Goldmark (sie betrug in den ersten elf Monaten 3,69 Milliarden. Red. „B.“) in der Ausfuhr verschuldet, sondern die Ursache ist die gemaltige Häufung der Geschäftskosten auf die Produktion.“ Ueber den Außenhandel ließe sich in Verbindung mit den Auslandskrediten wohl etwas sagen. Heute tut dies: Je mehr Geld umfließt, desto höher die Preise; je höher die Preise, desto geringer die Ausfuhr, desto höher die Einfuhr. Die Kredite kamen aber nicht nur als Geld, sondern auch als Ware herein und verschlechterten die Abnahmefähigkeit deutscher Ware. Der Zwang, durch das Wehrangebot deutsche Ware billig loszuschlagen, wurde aufgehoben durch die Kredite, die der Warenbesitzer in kürzlicher Fristigkeit dazu verwendet, mit seinen Lägern durchzuhalten.“ Auf Geschäftskosten wird alles gebucht: die überflüssigen Direktoren wie das Luxusweibchen, die Automobile wie Vergnügungs-„Geschäfts“reisen, die Beiträge für die Ministerbürokratien wie für die „nationale Arbeiterbewegung“ und so fort, zum Ausgehen.

Für 1926 verlangt Hugo, den „Grundsatz zu verlassen, daß der Staat für alle zu sorgen hat“ — ob er damit die

kapitalistischen Kostgänger des Staates meint? — und stellt dafür den „Grundsatz“ auf, „daß jeder einzelne (natürlich auch die Arbeitslosen! Red.) im Volke die höchste Energie und die höchste Kraftentfaltung aufzubringen hat, um für den Staat und das Ganze das meiste zu leisten“.

Und dann appelliert der süße Hugo selbstverständlich nicht an die „Wirtschaft“, sondern an das Volk. Das Volk hat zu sorgen für die „Wiederherstellung der Rentabilität der deutschen Wirtschaft“ (lies: für die Profite der Kapitalisten), für „die Neubildung von Kapital“. Das „Volk“ muß von der unsinnigen Forderung absehen, daß „es besser verlorzt wird als vor dem Kriege“. Damals ging es uns ohne gentrale Tarife besser. Jedoch „die Errungenschaften der Revolution spuken in den Köpfen der Menschen“, sie „wirken sich aber unsozial aus“ — nämlich für die Hugoneten. „Deshalb steht an der Jahreswende 1925/26 als erstes Menetekel, aber auch als der letzte (siehe!) Bedarf die Mahnung: Die Bahn frei für ein ungehemmtes Arbeiten und Schaffen des ganzen (nanu?) deutschen Volkes zu seiner eigenen Rettung!“

Die göttliche Hedwig ist von Hugo übermaßert. Wie ernst die Lage ist, weiß jeder Ertervsblose und jeder noch in Arbeit stehende Kollege besser als der Interessenten-Doktor, der als Judeus Moral predigen will. Wir bleiben bei unserer Behauptung, daß der Privatkapitalist nur dann ein kluger Mann ist, wenn alles seinen glatten Gang geht. 1925 aber hat er bewiesen, daß er ein dummes Hund ist und daneben ein schlechter Mensch, wenn der Sturm einen Baum auf den Weg legt. In Wahrheit hat sich der Kapitalismus 1925 kein Urteil gesprochen. Er kann die Menschheit nicht einmal vor der primitivsten Not, vor dem baren Hunger bewahren. Die Angst macht die Kapitalisten tollwütig und, um sich zu retten, trampeln sie auf die Opfer und versuchen, sie immer tiefer ins Elend zu bringen.

Wer diese Opfer retten will, wer nicht selbst zum Opfer fallen will, dem bleibt keine andere Wahl, als mit seinen Arbeitkollegen alles daranzusetzen, den tollwütigen Hund zu bändigen. Organisiert euch, dann legen wir unserem Erbsend den Maulkorb an und geben ihm zu rechter Stunde die seltene Blausäurepreise.

Hinein in den Deutschen Werkerbund!

Die Hortby-Regierung gegen die Gewerkschaften.

Nationalversammlung und Regierung, die der infolge Teuerung, Arbeitslosigkeit und mangelnder Sozialpolitik verursachten tröstlichen Verelendung der Arbeiter vollkommen stumpf gegenüberstehen, begünstigen geradezu das Kesseltreiben gegen die Gewerkschaften, anfangt, wie dies heute schon in ganz Europa geschieht (? Red.), deren kulturelle Bestrebungen zu untergraben und zu fördern. Das zu hoffen, ist bei uns eine Unmöglichkeit, wo reaktionärer, mittelalterlicher Geist der fortschrittlichen Bewegung den Fehdehandschuh hinwirft. Die Gewerkschaften sind heute überall als wirtschaftliche Faktoren und kulturelle Institutionen anerkannt, nur eben bei uns nicht, wo einzelne Ministerien planmäßige Maßregelungen der Arbeiterorganisationen als eine ihrer Hauptaufgaben erachten. Selbst ausgeprobenen staatliche Aufgaben-erfüllende Gewerkschaften werden gepocht und verfolgt. Die Gewerkschaften stehen in ständigem Kampf um die zu erleichtern- den und zu verbessernden Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Sie kämpfen im Interesse der Arbeiterschaft für die staatsbürgerliche vollkommen vernünftige Hebung ihres geistigen Niveaus. Ober großt man uns gerade deshalb, weil wir die Arbeiterschaft aus dem Schlamme der Unwissenheit herausziehen, sie zu sozialen Menschen erziehen wollen? Wohl möglich, da ja die Volksmassen dann für die niederen reaktionären Zwecke nicht mehr mißbraucht werden könnten. Die Gewerkschaften sind die einzige Einrichtung in diesem Lande, die sich sozialpolitisch betätigt, und die schweren staatlichen Unterlassungssünden wettmachend, die Arbeitlosen, die Invaliden und die Witwen unterstützt. Nach den Ermittlungen des Gewerkschaftsrats haben die Gewerkschaften in den ersten zehn Monaten dieses Jahres Unterstützungsgelder in Höhe von 9 Milliarden Kronen ausgegibt, obwohl es Aufgabe der Nationalversammlung bzw. der Regierung wäre, durch Sozialpolitik das Los der Arbeitenden zu erleichtern, wie das in Europa heute schon überall der Fall ist. Die Regierung hätte für Arbeitsmöglichkeiten sowie mittels Volkshygiene u. a. zu sorgen. Die ausländischen Staaten arbeiten für das Wohl

der Bevölkerung mit den Gewerkschaften Hand in Hand während bei uns in allem gerade das Gegenteil geschieht. Die reaktionäre Regierung wirkt beinahe wie eine feindlich gesinnte Unternehmervereinigung, die die kulturellen Bestrebungen der Arbeiterschaft auf jeden Preis zu hintertreiben trachtet. Die Regierung kämpft gegen normale Löhne, gegen den Achtstundentag und ist unter keinen Umständen zur Ratifizierung jeder Abkommen zu bewegen, die in Genf zustande kamen und die heute selbst von den Balkanstaaten angenommen wurden. Unter Verfallszustandungen der Mehrheit wird von den Bäckern und den Agrariern und den Christlichsozialen gegen die Gewerkschaften gehegt, und anlässlich der Budgetverhandlungen spielte sich unlängst eine wahre Sektampagne in der Nationalversammlung ab. Die reaktionären Abgeordneten Gajton Gal, Gendvai, Vician haben sich durch mittelalterlich-reaktionäres Kampfgebaren besonders hervorgetan. Sie saßelten von der ernen Gefahr und versuchten auf jede Weise die öffentliche Meinung zu irritieren. Ihre Zuspätkünfte verrieten bodenlose Anmaßungen, wenn nicht Schlimmeres. Die reaktionären Deklamationen werden von der Regierung begrüßt, da sie ihr Gelegenheit zu erneuten Schikanen bieten. Jammervolle Zustände. Wir sind heute tatsächlich unter den europäischen Kulturstaaten die Hochburg der Reaktion, Italiens würdige Gesinnungsgenossen, wo der Faschismus durch die Unterdrückung der Freiheit seine wütenden Organe feiert. Daher auch die Ovationen für Mussolini. Wir haben keine Vereine, keine Versammlungen und keine Pressefreiheit. Alles hängt von der Willkür der Regierung und der Behörden ab während sich die Unternehmer zum Schutze ihrer Interessen mit größter Bewegungsfreiheit organisieren können.

Bei den Budgetverhandlungen trafen unsere Gesinnungsfreunde den überaus heftigen Angriff mit größter Energie entgegen und haben im Interesse der sozialen und kulturellen Bestrebungen der Arbeiterschaft eine Fülle von Anträgen eingebracht, die jedoch von der Nationalversammlung samt und sonders verworfen wurden. Es hat sich wieder einmal bewahrheitet, was wir schon seit langem betonten, daß nämlich die Arbeiterschaft vollkommen auf sich allein angewiesen ist. Während das Ausland die Gewerkschaften in weitestgehendem Maße unterstützt und sie zu allen sozialen und kulturellen Aktionen heranzieht, sind Zurücksetzung, Schikanen und Verfolgungen unser Erbteil. Alle Regierungshandlungen richten sich gegen das Volk. Die Machthaber wollen in vollem Umfange das alte feudalistisch-kapitalistische System wieder einführen, wonach die arbeitenden Millionen der Willkür von einigen tausend Familien preisgegeben wären.

Die Arbeiterschaft kann aber aus diesen reaktionären Bestrebungen lernen, wie wichtig und einschneidend es für sie ist, in Anlehnung an ihre Gewerkschaften und im Interesse der machtvollen Erklarung derselben mit taufendfacher Intensität zu arbeiten. Je heißer die Treibjagd, um so größer sei unsere Arbeitsfreudigkeit, um so freudiger unsere Begeisterung, mit der wir für neue Kämpfe unsere Kräfte sammeln. Wenn die Tausende und Hunderttausende der Bewegung gegenüber ihre Pflicht erfüllen, werden die Heher samt ihrer Nationalversammlung und ihrer Regierung längst zu moralischen Leiden geworden sein, während unsere Gewerkschaften und andere Einrichtungen, für die Millionen des Volkes wirkend, eine machtvolle Volkskultur, Volkswohlstand und Freiheit schaffen werden. Auf Sehe und Respektstreben sei nur das eine gesagt, daß wir für die Erhaltung unserer Organisationen mit gesteigerter Kraft nun erst recht arbeiten wollen. Im Kampfe gegen Reaktion und Kapitalismus sind die Gewerkschaften unser einziges Bollwerk, und es sei alles darangelegt, sie auszugestatten.

Alexander Baciu,

ehemaliger Landeshauptmann in Siebenbürgen.

Die Tschisten sind durstig. *)

Die Tscheta von Georgien wurde allzu großer Mißbeachtung. Man behauptete, daß bei der nach Ansicht der Befehlshaber allzu leichten Todesurteilen die politischen Gefangenen mehr geschont wurden als die Banditen. Die Mehrzahl der Leiter der Tscheta wurde ihrer Funktion entzogen und durch solche ersetzt, die mehr „Mut“ besaßen. Am den Boden zu sondieren und einen neuen Aktionsplan vorzubereiten, kam der Vorsitzende der kommunistischen Internationale, G. Zinovieff, nach Tiflis.

Es war Ende Januar 1923. Nach dem von Zinovieff vorbereiteten Plan sollte der Bürgerkrieg durch den Krieg gegen die Räuber und Banditen ersetzt werden, und weil nun die Sozialdemokratische Partei als Freundin und Bundesgenossin dieser Banditen erklärt wurde, so sollte ihr gegenüber die Todesstrafe gelöst werden.

Die erste Anwendung dieses Programms fand in Gurien statt. Zu Anfang Februar wurde diese Provinz von Herrn D o b o l a d z e befreit. Dieser Mann war 1905 aus den Arbeiterorganisationen ausgeschlossen worden, weil er eine Expellerbande gebildet hatte. Später näherte er sich der Polizei. Er verdient die Verachtung aller Arbeiter. In Gurien fing er an, die Eltern von denen zu verhaften und die Häuser dieser zu verbrennen, die den Verfolgungen entgangen waren. Was die Banditen anbelangt, so hat er manche von ihnen zu sich kommen lassen, um sich mit ihnen zu verständigen. Von ihnen wurde Oboladze und zwei Begleiter ermordet.

Es ist schwer, sich vorzustellen, was dieser Akt der Banditen für Konsequenzen gehabt hat. Bemerkenswert wollen wir nebenbei, daß die Tschisten, die das Geheimnis verraten haben, erschossen wurden. Also die Motive und die Natur des Verbrechens war den Behörden gut bekannt. Dies hat aber die Kommunisten nicht gehindert, es der Sozialdemokratischen Partei zuzuschreiben und gegen sie zu toben.

*) Aus: „Der Terror gegen die sozialistischen Parteien in Rußland und Georgien“ 1923 bei J. S. W. Diez Nachfolger, Berlin.

Sägewerks- und Bretterlagerarbeiter, Kraftfahrer, Fuhrleute und Mithfahrer in Bayern.

Zwischen dem Bayerischen Arbeitgeberverband der Sägewerke und verwandten Berufe und dem Deutschen Verkehrsband besteht für die Sägewerks- und Bretterlagerarbeiter, sowie für Kraftfahrer, Fuhrleute und Mithfahrer schon seit langen Jahren ein Landestarifvertrag, der die Arbeitsverhältnisse der obengenannten Gruppen regelt. Auch die Lohnverhältnisse wurden früher durch eine einheitliche Lohnvereinbarung auf zentraler Grundlage für ganz Bayern geregelt.

Im Jahre 1924 wurde zwar wiederum ein einheitlicher Manteltarifvertrag für ganz Bayern abgeschlossen, doch war es den Unternehmern mit Hilfe des Landesrichters gelungen, die Lohnvereinbarungen bezirksweise festzusetzen. Die Unternehmer planten schon damals, zu gegebener Zeit die einzelnen Bezirke gegeneinander auszuspielen und den Versuch zu machen, das, was im großen nicht gelang, im Kleinen zu probieren, d. h. die Löhne zu verschlechtern. Sie warteten nur auf eine günstige Gelegenheit, um ihren Plan zur Ausführung zu bringen, und dieser Zeitpunkt scheint den Herren jetzt gekommen. Sie wollen den zurzeit etwas flauen Geschäftsgang benutzen, um zu ihrem Ziele zu gelangen.

Schon im August hatten die Unternehmer im Chiemseegebiet versucht, sich von der für den August fälligen Lohnhöhung loszuschnappen. Dieser Vorstoß konnte damals durch die Organisationen abgeblasen werden und die Unternehmer mußten die Lohnhöhung zur Auszahlung bringen.

Nach dem Rezept der Kapitalisten ist die Wirtschaftskrise nur dadurch zu beheben, daß man dem armen Teufel von Arbeiter die paar Pfennig Lohn, die er verdient, möglichst beschneidet. Einen anderen und besseren Ausweg zu finden, dazu lang das Gehirnsmahl der Unternehmer jedenfalls nicht. Wo aber alles haßt, können die bayerischen Sägewerksunternehmer doch nicht lieben, und so wurden wir bereits am 12. Dezember durch ein Kündigungs schreiben des Arbeitgeberverbandes für die Lohnvereinbarung in Niederbayern beglückt. Unsere Vermutung, daß der Arbeitgeberverband die Kündigung nicht auf Niederbayern beschränken würde, hat sich sehr bald bestätigt.

Nicht nur wurde die Lohnvereinbarung für Niederbayern gekündigt, sondern auch für Oberbayern und Schwaben ist inzwischen die Kündigung der Lohnvereinbarung erfolgt. Diese Kündigung für Oberbayern und Schwaben erfolgte ausgerechnet am Weihnachtsfestabend. Ob sich die christlichen Ausbeuter nicht doch ein bißchen vor ihren Familien geschämt haben, als sie ausgerechnet am 24. Dezember die Kündigung der Lohnvereinbarung diktiert haben? (Ganz gewiß nicht! Red.)

Ja, es geht nichts über die christliche Nächstenliebe in unserem frommen Bayern. Bisher, schon, wurden Hunderte von Kollegen mit zum Teil langen Dienstjahren entlassen und jetzt glaubt man die Arbeitslosen zu würde gemacht zu haben, den Lohnabbau erzwingen zu können. Ein letzter Rest von Scham war es wahrscheinlich, der die Unternehmer abgehalten hat, den Arbeitern jetzt schon mitzuteilen, was sie ihnen von dem sauer verdienten Lohn abzwiden wollen.

Die Unternehmer spekulieren auf zwei Momente, zunächst auf den zurzeit tatsächlich etwas schlechten Geschäftsgang und dann auf die Uneinigkeit der Arbeiter. Bei dem zweiten Moment könnte es aber doch sein, daß sich die Herren verspekulieren. Wenn auch einige Feig-

linge dabei sind, die sich vor dem Beitragszahlen brüden und sich den Tariflohn nicht zu verlangen trauen, es aber ganz gerne sehen, wenn andere Kollegen für sie den Kampf führen, so ist die Zahl dieser charakterlosen Menschen doch zu gering und der Zusammenhalt der Kollegen ist in Anbetracht der Verhältnisse immerhin gut zu nennen.

Wir brauchen nicht darauf hinzuweisen, daß selbstverständlich auch die Organisation alles daran setzen wird, den Vorstoß der Unternehmer abzuwehren. Wir erwarten aber von den Kollegen in den Betrieben, besonders von unseren Vertrauensleuten, daß sie ebenfalls ihren Mann stellen und nicht eher ruhen werden, bis der letzte Pfennig, Hilfs- und Bretterlagerarbeiter sowie Kraftfahrer, Kutscher und Mithfahrer Mitglied seiner Berufsorganisation, des Deutschen Verkehrsbandes, geworden ist.

Nochmals die Fuhrwerks-Berufsgenossenschaften München.

Veranlaßt durch die wiederholten Beschwerden unserer Mitglieder in den Fuhrwerksbetrieben über mangelhafte Einrichtungen, fehlerhaftes Arbeitsgerät, veraltetes Wagenmaterial usw., behandelten wir in der Nr. 23 unseres Jahrganges die Tätigkeit der Sektion 9 der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft, und zwar lediglich zu dem Zwecke, mit dieser öffentlichen Stellungnahme eine Besserung bzw. Beseitigung der vorhandenen Mißstände herbeizuführen. Mit Befriedigung können wir heute feststellen, daß der Anfang hierzu bereits vorliegt, zunächst allerdings mehr nur indirekt. Auf unsere Veröffentlichung erhielten wir nämlich gleich zwei Zuschriften, und zwar von der Sektion 9 der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft München und von dem Genossenschaftsverband Berlin, und in beiden Schreiben wird die Mitwirkung der Arbeiter nicht nur gemüßigt, sondern auch auf die Unterstützung des Deutschen Verkehrsbandes Wert gelegt. An uns soll es bestimmt nicht fehlen, durch Auffklärung der Mitglieder den Hauptweg zu erreichen, nämlich eine mögliche Verringerung der Unfälle. Auf die hierzu notwendigen Mittel und Wege, wir nennen nur die Arbeitszeit, werden wir noch bei anderen Gelegenheiten zurückkommen. So gerne wir nach einem Teil der in den beiden Schreiben gemachten Ausführungen zur praktischen Arbeit übergehen wollen, so zwingt uns dagegen ein Teil der Erörterung*) zu einigen ergänzenden Bemerkungen:

Zunächst stellen wir mit Befriedigung fest, daß in Zukunft die Berichte der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. Ob die hierfür unternommenen Schritte bereits vor unserem Artikel oder durch ihn veranlaßt worden sind, ist dabei von negativer Bedeutung; wir sind alles andere, nur nicht kleinlich und ehrgelbig. Inwiefern nun die Kontrolle als befriedigend anzusehen ist, kann selbstverständlich nicht allein nach der Zahl der auf einen Beamten entfallenden Betriebe beurteilt werden, hierfür kommt u. E. in erster Linie doch wohl nur der Erfolg dieser Kontrolle in Betracht. Wenn nach dem Verwaltungs- und Rechnungsbuch der Sektion 9 München aber für das Jahr 1924 vom Reichsversicherungsamt selbst die Einstellung eines zweiten Aufsichtsbekanntem gefordert wird, so dürften hierfür wahrheitsgemäß dieselben Gründe ausschlaggebend ge-

*) Die Zuschriften sind so umfangreich, daß wir sie bei dem beschränkten Raum unserer Zeitung nicht veröffentlichen können. Der wichtigste Teil wird aber durch die Polemik unseres Münchener Gewährsmannes kenntlich gemacht. Die Redaktion.

„Für den Mord an einem einzigen Kommunisten werden wir vierzig Menschgewissen sterben lassen!“ schrieben die Kommunisten. Und das Blut floß in der Tat reichlich.

Am Tage nach dem Mord nahm man aus dem Gefängnis Durguteff zwölf Gefangene und erschloß sie. Man hat sich mit dieser sinnlosen Raube nicht begnügt.

„Blut, Blut!“ — das war nun die Parole der Kommunisten, und so lieferten sie am 14. Februar, um sich für den Mord zu rächen, 92 Gefangene aus dem Tifliser Gefängnis Metastin den Hentern aus, die sie ohne jegliche gerichtliche Untersuchung erschossen haben. Unter den Erschossenen waren 35 Sozialdemokraten, Lehrer, Bauern, Arbeiter und Intellektuelle, die keiner Partei angehörten, aus allen Gegenden Georgiens. Alle diese wurden für die Ermordung des Oboladze verantwortlich gemacht. Weher diese schändliche Tat erließ man folgende amtliche Mitteilung:

Am 10. Februar d. J. fielen vor Durguteff als Opfer eines Banditenverbrechens die Köpfe des wertvollen Volkes D. usw. Die außerordentliche Kommission von Georgien hat angelehnt der terroristischen Akte, die die Banditen unaufrichtig begehen, und zu dem Zweck, ihnen vorzubeugen, diesen das Bandenwerk zu legen, in der Sitzung von 12. und 14. Februar diesen Beschluß gefaßt: Die Personen, die unten aufgelistet sind, die wegen Banditismus, Mord, Verwundung und Entführung verhaftet wurden, sind zur höchsten Strafe: zur Hinrichtung verurteilt worden.“

Dann kommt die Liste von 92 Namen. Alle diese Männer sind seit mehreren Monaten verhaftet. Beweismittel genug für die Tscheta, daß sie an dem Verbrechen, das vier Tage vor ihrer Hinrichtung stattfand, nicht teilgenommen konnten. Aber die Tschisten waren zu bürstig nach Blut.

Von einer Mordwut waren alle provinziellen Tschetas befallen. Das war eine wirkliche Blutorgie. In einer Woche erschloß man in der Stadt Gori ohne jede Prozedur 17 Personen, in Batumi 23, in Kutais 20 usw. Die Tschisten des 20. Jahrhunderts feierten das Begräbnis ihres Kameraden durch eine blutige Feste.

An Stelle von Oboladze sandte man T a c h a d z e nach Gurien, eine geistesgestörte, halberrückte Person. Es ist unmöglich zu erzählen, was Gurien unter seiner Juchtrate zu ertragen hatte. Am Tage seiner An-

kunft drangen Kommunisten in das Haus des Genossen Aljos Gogubadze, hielten ihn aus dem Bett, ermordeten ihn und begruben ihn auf der Stelle. Seine Erben wurden verhaftet. Am nächsten Tag demolierte man sein Haus und nahm alles weg. Man griff gleichfalls an anderen Orten der Provinz alle Sozialdemokraten, die nicht entfliehen konnten, und alle einflußreichen Bauern an. Man tötete 300 Personen und verhaftete etwa 4000 — allein in Gurien. Alle, die entfliehen konnten, stützten in die Wälder. Tschachadze hat in ihren Häusern die roten Soldaten einquartiert, die alles zerstörten. Getreide, Geflügel und Vieh wurde für die Verpflegung der Okkupationstruppen weggenommen.

Am 10. März veröffentlichte der Kommandierende der Expeditionarmee einen Befehl, in dem er forderte, daß sich alle Anhänger der Sozialdemokratischen Partei selbst stellen müßten, um ins Gefängnis geschickt zu werden. Die Zuwiderhandelnden würden mit dem Tode bestraft.

Nach Gurien kamen die anderen Provinzen an die Reihe. Man verfolgte und verhaftete alle Sozialdemokraten sowie auch die Mitglieder ihrer Familien und ihre Freunde. In dem Distrikt von Senaki verhaftete man so über 200 Personen. In Raketten fehlte es an Plätzen im Gefängnis und da führte man 600 Verhaftete nach Tiflis. In diesen Tagen wurden in Tiflis über 1000 Menschen in Haft genommen.

Die Tscheta hörte bald auf, die Listen der Erschossenen bekanntzugeben, weil diese Veröffentlichungen gerade den entgegengekehrten Eindruck auf das Publikum machten, den sie erwecken sollten.

Die letzte Liste, die veröffentlicht wurde, schloß die Namen der 15 Offiziere ein, die zu der intellektuellen Elite Georgiens gehörten und die am Tage nach der Revolution 1917 alle ihre Kräfte in den Dienst der demokratischen Republik gestellt hatten. Sie wurden am 24. Mai ohne jegliche gerichtliche Verurteilung hingerichtet.

Selbst, wie gesagt, hörte man auf, die Listen der Hingerichteten zu veröffentlichen. Doch die Massenverhaftungen und Deportationen wurden fortgesetzt...

